



# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europaausschuss**

19. Wahlperiode - 2. Sitzung

am Donnerstag, dem 20. Juli 2017,  
im Anschluss an die Vormittagssitzung des Landtags, ca. 13 Uhr  
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Wolfgang Baasch (SPD) Vorsitzender  
Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)  
Hartmut Hamerich (CDU)  
Peter Lehnert (CDU)  
Tobias Loose (CDU)  
Bernd Heinemann (SPD)  
Regina Poersch (SPD)  
Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Stephan Holowaty (FDP)  
Jette Waldinger-Thiering (SSW)

### **Weitere Abgeordnete**

Dennys Bornhöft (FDP)

### **Fehlende Abgeordnete**

Volker Schnurrbusch (AfD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
1.	Prüfung der Wahrung der Subsidiarität	4
hier:	<i>Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 1999/62/EG über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge; COM(2017) 275 final</i>	4
	Umdruck 19/21 Frühwarndokument 19/14 Antrag der Fraktion der SPD Umdruck 19/18	
2.	Entwurf des Terminplans für das zweite Halbjahr 2017	6
	Umdruck 19/19	
3.	Verschiedenes	7

Der Vorsitzende, Abg. Baasch, eröffnet die Sitzung um 13:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

## 1. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität

**hier: Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 1999/62/EG über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge; COM(2017) 275 final**

[Umdruck 19/21](#)

Frühwarndokument 19/14

Antrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/18](#)

Einleitend erläutert Abg. Poersch den Hintergrund ihres Antrags, der darin bestehe, dass die Landesregierung im Subsidiaritätsvorblatt unter anderem Bedenken hinsichtlich des Vignettensystems und den Auswirkungen einer Erhebung von Gebühren für den öffentlichen Personenfernverkehr geäußert habe.

Frau Dr. Litten, stellvertretende Leiterin des Referats Verkehrspolitik und Verkehrsrecht im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, legt dar, dass die von der Landesregierung dargestellten Bedenken sich nicht auf die Verletzung des Subsidiaritätsprinzips bezögen. In der Richtlinie seien zahlreiche Neuerungen vorgesehen, die insgesamt die Maut- und Nutzungsgebühren betreffen. Dabei gehe es unter anderem um die Erweiterung auf Busse, aber auch auf die Nutzfahrzeuge ab einem Gewicht von 3,5 t, die bisher nicht betroffen gewesen seien. Es würden jetzt auch Vorbereitungen getroffen, um eine streckengebundene Maut zu erheben, was eine Abkehr vom Vignettensystem bedeute. Die neuen Regelungen wie auch die bisherige Eurovignettenregelung beträfen das transeuropäische Netz, zu dem es aus Sicht der Landesregierung in der Kompetenz der EU liege, in diesem Bereich Regelungen zu treffen. Darüber hinaus sei jedoch in Artikel 7 Absatz 2 vorgesehen, dass im beschränkten Maße nicht nur Straßen des transeuropäischen Netzes einbezogen werden sollten, sondern auch das übrige Straßennetz. Im Hinblick auf die nicht transeuropäische Netze betreffenden Straßen befinde man sich in einem Bereich der geteilten Kompetenz der gemeinsamen Verkehrspolitik. Eine europäische Zuständigkeit sei dann zu bejahen, wenn innerstaatliche Planungen Auswirkungen auf den grenzüberschreitenden Bereich hätten. Es stelle sich die Frage, warum über das transeuropäische Verkehrsnetz hinaus

auch das übrige Straßennetz, zumindest in Teilen, mit einbezogen werden solle. In den Erläuterungen sei dazu nichts zu finden.

Abg. Poersch interessiert, wie die Diskussion mit anderen Bundesländern im Bundesrat verlaufen sei, ob es bei den anderen Ländern so schwerwiegende Bedenken gebe, dass man im Zusammenspiel mit anderen Ländern intervenieren werde. - Frau Dr. Litten führt dazu aus, dass dieser Punkt im Bundesrat nicht erörtert worden sei.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

## **2. Entwurf des Terminplans für das zweite Halbjahr 2017**

### [Umdruck 19/19](#)

Der Ausschuss beschließt die Termine für das zweite Halbjahr 2017, [Umdruck 19/19](#).

Abg. Poersch kündigt an, dass für die SPD-Fraktion Abg. Baasch an der Ostseeparlamentarierkonferenz teilnehmen werde. Sie weist darüber hinaus darauf hin, dass die SPD-Fraktion darum gebeten habe, Ulrike Hiller aus Bremen in den Ausschuss einzuladen ([Umdruck 19/35](#)).

### **3. Verschiedenes**

Der Vorsitzende regt an, die ins Auge gefasste Reise des Europaausschusses im Frühjahr 2018 durchzuführen. Der Ausschuss kommt überein, so zu verfahren.

Der Vorsitzende, Abg. Baasch, schließt die Sitzung um 13:20 Uhr.

gez. Wolfgang Baasch

Vorsitzender

gez. Thomas Wagner

Geschäfts- und Protokollführer